

## Nationale E-Government-Strategie

### ISPRAT fordert Update

**[28.02.2013] Die Nationale E-Government-Strategie benötigt nach Ansicht von ISPRAT ein Update um das Handlungsfeld Mobile Government. In einem Eckpunktepapier hat das Forschungsinstitut erste Vorschläge für die Entwicklung von mobilen Verwaltungsangeboten zusammengefasst.**

Das Forschungsinstitut ISPRAT hat die IT-Akteure in Bund und Ländern sowie die Mitglieder des IT-Planungsrates aufgefordert, die Nationale E-Government-Strategie (NEGS) um das Handlungsfeld Mobile Government zu ergänzen. Obwohl immer mehr Menschen via Smartphone oder Tablet-PC ins Internet gingen, spielten Online-Behördenangebote für diese Geräte bislang eine völlig unzulängliche Nebenrolle. Auch habe der Staat bislang noch keine Strategie für mobiles Internet. Wie ISPRAT weiter mitteilt, zeigt ein aktuelles Eckpunktepapier zum Status Quo der Nationalen E-Government-Strategie den dringenden Handlungsbedarf der Verwaltung beim Mobile Government auf und liefert erste Ideen, wie E-Government weiterentwickelt werden kann. ISPRAT rät dabei unter anderem zum Blick auf mobile Angebote aus der Wirtschaft, etwa was die Sicherheit oder Benutzerfreundlichkeit von Apps anbelangt. Darüber hinaus dürften mobile Behördenangebote laut ISPRAT nicht überreguliert sein. Anforderungen wie das Schriftformerfordernis sollten nicht einfach auf mobile Verfahren übertragen werden, vielmehr müssten hierfür Prozesse neu gedacht werden. ISPRAT-Vorstandsvorsitzender Matthias Kammer: „Die Nationale E-Government-Strategie stammt aus dem Jahr 2010. Damit ist sie veraltet, was ihren Bezug zur Wirklichkeit angeht: Die digitale Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren mit großer Geschwindigkeit weiterentwickelt. Eine Strategie, die dem E-Government zum Durchbruch verhelfen will, aber das mobile Lebensgefühl vieler Menschen nicht aufnimmt, läuft Gefahr, neue Online-Angebote der Verwaltung am Interesse der Nutzer vorbei zu schaffen.“

(bs)

Das Eckpunktepapier „Mobil? Aber sicher!“ zum Download

Stichwörter: Politik, Nationale E-Government-Strategie, Mobile Government, ISPRAT, Matthias Kammer